

und nach einer starken Regierung ruft. — Der Abgeordnete Rodbertus hielt eine Rede, die großen Eindruck machte, denn er sprach darin aus, daß das Ministerium Preußen zu Schaden und Schande führe, es in die nordöstliche Ecke Deutschlands zurückdränge und bewirken werde, daß die Westprovinzen Rheinland und Westphalen abfallen würden. Nach langem Kampf erhob sich endlich Herr v. Vincke und nie hat er besser und eindringlicher, ägender und geißelnder in dieser Kammer gesprochen. Seine Freunde von der Rechten wurden mit Sarkasmen bedeckt, wie denn überhaupt diese Partei sich heut selbst anfiel und abkanzelte, die Minister und ihre Politik mußten die bittersten Dinge hören und lang anhaltender Beifall der Linken belohnte den Redner, während die Rechte ihren Heroen und einzigen Hort ausliefte.

Nun folgten die Abstimmungen, bei denen Alles verworfen wurde, bis auf den dritten Satz des Antrages Rodbertus, der mit 16 Stimmen Majorität, 175 gegen 159 angenommen wurde.

Dieser Satz lautet: „Zu erklären, daß die Kammer ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschloffen worden, als rechtsgültig anerkennt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderungen derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist.“

Stuttgart, 19. April. Ich zeige Ihnen in Eile an, daß unsere Hauptstadt in ungeheurer Aufregung ist. Das Ministerium Römer soll in Masse seine Entlassung eingereicht haben, da, nach einer höchst stürmischen Sitzung der König sich nicht unbedingt den Beschlüssen der Nationalversammlung unterordnen will. Die Stimmung ist sehr düster und Einer läuft dem Andern entgegen, um Genaueres zu hören. Gott behüte uns, daß nicht wieder ein Sturm heraufbeschworen wird, der möglicher Weise auch Eichen brechen könnte, die jetzt ihre Kronen noch stolz in die Lüfte recken.

Die Stimmung des Volkes hat sich unzweideutig kund gegeben und dennoch stehen wir mitten in einer Ministerkrise, weil der König, den Ausspruch des Volks, der Kammer und seiner Minister mißachtend, den Beschluß der letztern, die Reichsverfassung rückhaltslos anzuerkennen, nicht genehmigen will. Seit Montag hat der Ministerrath wiederholt Sitzungen gehalten und einstimmig war die Meinung der Minister die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Reichsversammlung, selbst die Oberhauptsfrage mit eingeschlossen, obwohl Staatsrath Römer selbst als Mitglied der Reichsversammlung gegen das erbliche Kaiserthum gestimmt und bei der Kaiserwahl sich der Abstimmung enthalten hatte. Aber er hatte ein für allemal den Grundsatz der unbedingten Unterwerfung unter die Beschlüsse der souveränen Reichsversammlung obenan auf sein Ministerprogramm gestellt und hierin blieb er sich consequent. Bei Hofe aber hatte schon seit geraumer Zeit eine mächtige Partei (Prinz Friedrich, Graf Meipperg, Graf Duadt, Fürst Hohenlohe-Langenburg und Andere) gegen das Ministerium intrigirt und großen Einfluß gewonnen und dieser Partei ist es nun gelungen, zu den vielen Verlegenheiten, die sie dem Ministerium bereitet, auch die der Verzögerung der Verfassungs- und Oberhauptsfrage noch zu fügen und so eine Krisis herbeizuführen. In der Kammer, wie in der ganzen Stadt herrschte heute große Bewegung und es wird diese noch vermehrt durch die Berufung der Freiherren v. Linden und v. Barmbühler ins Schloß, behufs der Bildung eines neuen Cabinets. Diese beiden Herren, Mitglieber der Ritterbank in der Abgeordnetenversammlung, sind die Unpopulärsten, die man hätte aufreiben können und waren schon einmal Veranlassung einer großen Aufregung, da sie am 6. März 1848 in das sogenannte Zweistunden-Ministerium gerufen worden waren, dessen Lebensunfähigkeit aber damals bald begriffen wurde. Wie es heißt, wird der König bis diesen Abend sieben Uhr die definitive Entscheidung in der Sache geben. — **Nachschrift.** Es heißt so eben, es sei ein Ministerium Schlayer in Wurf, da Linden erklärt habe, er wolle nicht die Kastanien aus dem Feuer holen. Der König hat den Austritt des Ministeriums angenommen und erklärt, die Verfassung nicht anzunehmen.

Der „Schwäbische Merkur“ bringt heute noch nichts über eine wirklich schon eingetretene Ministerialveränderung; der „Beobachter“ dagegen enthält einen, „die Lage der Dinge in Württemberg“ überschriebenen Artikel, nach welchem es sich bestätigt, daß die Herren Linden und Barmbühler in das Schloß berufen seien; so viel sei gewiß, daß der König sich weigere, die Reichsverfassung anzuerkennen. **S. 3.**

Stuttgart, 20. April. Welche Schwüle, welche Erregung der Gemüther herrscht auf einmal wieder in dieser abgespannten Stadt? Auf den Straßen begegnet man Gruppen, welche die eingetretenen, schwierigen Verwickelungen besprechen; von Ab- und Zugehenden strömt es in den öffentlichen Lokalen; überall fragt man sich: was ist zu thun? Es liegt so etwas über uns, wie die Luft eines Einstunden-Ministeriums. Die Kammer der Abgeordneten hält in diesem Augenblicke in geheimer Sitzung eine vertrauliche Besprechung in dem Hause der Bürgergesellschaft. Trotz aller Gegenversicherung von Seite der demokratischen Partei wurde das Märzministerium von den Gläubigen und Sorglosen allezeit so sicher gehalten, als säße es in Abrahams Schooß. Was ist jetzt der Stand der Dinge? Es bestätigt sich vollkommen, daß, wie wir gestern berichtet haben, an ein Ministerium

Linden gedacht wurde. Auch hat die von uns ausgesprochene Vermuthung sich verwirklicht, daß Linden abgelehnt habe. Er kennt die öffentliche Stimmung zu wohl, als daß er sich zum zweiten Male in eine Gefahr wie im März des vorigen Jahrs begeben sollte. Wer nun aber wurde in dieser Noth als Retter auserkoren? Man sollte es nicht glaublich finden, aber es ist so. Nachmittags sah man den Staatsminister Schlayer nach dem Schlosse gehen; der Gerufene verzweilte mehrere Stunden bei dem König. Gegen Abend verließ er das Schloß; man hört von unterrichteten Personen, der Erfolg der Unterredung sei gewesen, daß Schlayer wirklich den Auftrag übernommen habe, den Versuch zur Bildung eines neuen Ministeriums zu machen. Die Märzminister aber erhielten eine Zuschrift des Königs, deren wesentlicher Inhalt auf die Geltendmachung des Vereinbarungsprinzips hinausläuft, so daß für das Ministerium, welches zu jeder Zeit und bei jeder Frage, die in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache kam, seine unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung verkündigt hatte, nichts anderes als das Gesuch um seine Entlassung übrig blieb. Um 8 Uhr Abends versammelten sich sämtliche Abgeordnete, mit Ausnahme der Prälaten und Ritter, Rechte und Linke in gemeinschaftlicher Sitzung, im Café Robor. Alle Anwesenden waren darin einig, daß es in diesem Augenblicke eine Pflicht gegen das Vaterland sei, das Ministerium mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu stützen. Um des Näheren über den wahren Stand der Sache unterrichtet zu werden, wurde eine Deputation, bestehend aus den Herren Holzinger, Murschel, Schnizer, an Staatsrath Römer abgesendet. Die erhaltene Antwort scheint wenig beruhigend ausgefallen zu sein. Denn diesen Morgen versammelte sich die Kammer zu einer vertraulichen Besprechung im Hause der Bürgergesellschaft, wozu auch Ritter und Prälaten eingeladen wurden.

Nachmittags 12 Uhr. Die vertrauliche Besprechung der Kammer auf dem Bürgerhause ist vorüber. Die Sache ist auf der äußersten Spitze. Um halb 2 Uhr wird die Kammer eine Sitzung halten, um eine Commission zu wählen, welche mit den Ministern zusammentreten soll, um sich offizielle Aufschlüsse über die Lage der Dinge zu verschaffen und sofort Bericht und Anträge an die Kammer zu bringen. Zu letzterem Zweck ist bereits auf 5 Uhr eine zweite Sitzung angekündigt, in welcher dann wahrscheinlich, je nach Umständen, eine Adresse oder Deputation an den König beschloffen werden wird, um ihn zur unumwundenen Anerkennung der deutschen Reichs-Verfassung zu bewegen.

Stuttgart, 21. April, Nachmittags 1/2 6 Uhr. So eben erfahre ich, daß die Kammer-Abordnung, welche an den König abgesandt wurde, um ihn zur Anerkennung der Reichsverfassung, somit auch des preussischen Erbkaiserthums zu bestimmen, mit einer abschlägigen Antwort zurückgekommen ist. Der König erklärte, er halte es mit den Interessen des Landes für unvereinbarlich, sich Hohenzollern zu unterwerfen. Habsburg würde er sich unterordnen. Nur gezwungen werde er sich unterwerfen, aber dann auch erklären, daß er gezwungen worden sei. Die Kammer hielt gestern Abend eine sehr lebhaftes Sitzung, deren Ergebnis eben die Annahme der überreichten Adresse und der Beschluß, eine Deputation abzuschicken, war. Was weiter geschehen wird, weiß ich nicht. Morgen hält unsere Kammer eine außerordentliche Sitzung, um über die Gefahr des Vaterlandes zu berathen.

Frankfurt, 21. April. Heute herrscht hier eine ungewöhnliche Spannung in Bezug auf die Nachrichten aus Württemberg. Die Mitglieder der Reichsversammlung aus diesem Lande haben soeben eine Zusammenkunft gehabt, um zu berathen, ob die, welche zugleich Mitglieder der Stuttgarter Kammer sind, sogleich dahin abgehen wollen. Sie wollen noch die Nachrichten abwarten, welche mit der Post von morgen Vormittag ankommen. Sonderbarer Weise hat sich bei der heutigen Zusammenkunft herausgestellt, daß kein einziger der württembergischen Abgeordneten heute einen Stuttgarter Brief erhalten hatte, während die Blätter die Nachricht von der Bildung eines Ministeriums Schlayer gebracht haben. Die Volksstimmung in Württemberg ist so entschieden, daß der König das Aeußerste zu befürchten hat, und Ursache erhalten könnte, es zu bereuen, daß es mehr auf Herrn v. Hügel (den österreichischen Gesandten), auf die Gräfin Neuburg, auf die Stubenrauch, und auf den Prinzen Friedrich gehört hat, als auf die Stimme des Volkes und volksthümlicher Minister. Die genannten Personen bilden mit Andern eine Art von Camarilla, die der Reichsverfassung entgegenarbeitet. Auch in der hiesigen Umgegend, wo die republikanische Partei bisher nichts davon wissen wollte, irgend etwas zum Schutze der Verfassung zu thun, dringt nach und nach die Stimme der Vernunft durch, und es ist nicht zu bezweifeln, daß ein Attentat gegen die Verfassung eine allgemeine Volkserhebung zur Folge haben würde, bei der diesmal Männer an die Spitze treten würden, die es sicherlich nicht darauf ankommen lassen, einen bloßen Krawall mitzumachen.

(Wir erhalten so eben noch zwei Briefe aus Frankfurt, in denen als Gerücht mitgetheilt wird: es sei in Stuttgart zum Kampf gekommen, der König sei erschossen, Andere sagen: entflohen. Es sind offenbar Gerüchte und keine Nachrichten. Der „Schwäb. Merkur“ enthält nichts weiteres, als das von uns aus dem Beobachter mitgetheilte.)